



28. Juni 2018

Medien-Info

Aktionsplan für Fachkräftesicherung im Gastgewerbe

Die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) sieht Handlungsbedarf bei der Fachkräftesicherung im Gastgewerbe. Dies sagte WMK-Vorsitzende Anke Rehlinger nach dem zweitägigen Ministertreffen im Saarland. „Die aufstrebende Tourismuswirtschaft in Deutschland darf nicht durch einen Mangel an Fachkräften gebremst werden. Viele Betriebe stehen personell mit dem Rücken an der Wand. Es ist für sie eine Überlebensfrage“, so die Ministerin.

Das Saarland hatte zu dem Thema eine Facharbeitsgruppe geleitet. Aus ihrem Bericht „lassen sich Empfehlungen ableiten für eine gemeinsame Anstrengung von Betrieben, Branchenorganisationen, Kammern, Politik und Verwaltung“, sagte Ministerin Rehlinger. Die Wirtschaftsministerkonferenz habe einen zehn Punkte umfassenden Aktionsplan beschlossen.

Dabei gelte: „Die Branche selbst muss handeln und ein attraktives Arbeitsumfeld bieten. Dazu zählen gute Löhne, möglichst viele unbefristete sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeitmodelle.

Gesundheitsmanagement im Betrieb gehört zu attraktiven Arbeitgebern genauso wie Anreize für ältere Beschäftigte. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss trotz aller Zwänge auch für das Gastgewerbe gelten.“

Eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz sei eine denkbare Möglichkeit, Experimentierräume zu schaffen.

Rehlinger: „Es gibt viele vorbildliche Ausbildungsbetriebe, aber in der Breite muss die Qualität der Ausbildung erhöht werden. Nur so kann die hohe Abbruchquote von bis zu 50 Prozent gesenkt und können mehr junge Menschen für eine Ausbildung im Gastgewerbe gewonnen werden.“ Die kontinuierliche Weiterbildung der Ausbilder sowie die Schaffung eines bundeseinheitlichen Gütesiegels für gute Ausbildung seien dabei wichtige Faktoren.

Die WMK sieht es als notwendig an, im Rahmen der Berufsorientierungsprogramme des Bundes das Gastgewerbe ausdrücklich zu thematisieren. Betriebe müssten dann auch Praktikumsplätze in ausreichender Anzahl anbieten. „So kann es gelingen, wesentlich mehr junge Menschen für die Berufe des Gastgewerbes zu interessieren“, erklärte Ministerin Rehlinger.

Mehr als ein Randproblem bei der Ausbildung ist aus der Sicht der Wirtschaftsminister die Mobilität. Junge Leute ohne Führerschein brauchen dabei Hilfestellungen. Auch sollen betriebsnahe Unterkünfte deshalb steuerlich besser behandelt werden (geldwerter Vorteil durch Wohnraum und Verpflegung).

Medienkontakt

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Franz-Josef-Röder-Straße 17, 66119 Saarbrücken
Telefon: +49/681/501-1690
Fax: +49/681/501-1595
medien@wirtschaft.saarland.de



28. Juni 2018

Medien-Info

Thema Mindestlohn wird vertiefend behandelt

Die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) hat sich intensiv mit dem Thema Mindestlohn befasst. Dabei herrschte Konsens darüber, dass effektive Kontrollen nötig sind. Dazu müsse die Finanzkontrolle Schwarzarbeit hinreichend ausgestattet werden. Ebenso wurde das Thema Dokumentationspflicht diskutiert. WMK-Vorsitzende Anke Rehlinger kündigte an, dass das Thema bei der nächsten Konferenz vertiefend behandelt werden soll.

Rehlinger: „Der gesetzliche Mindestlohn hat sich seit seiner Einführung vor dreieinhalb Jahren bewährt. Er kann aber nur dann ein wirkungsvolles Instrument zur Schaffung fairen Wettbewerbs zwischen Unternehmen sowie angemessener Entlohnung sein, wenn Kontrollen gewährleistet sind.“ Der Bürokratieaufwand solle sich in Grenzen halten, aber gegen Umgehung der Lohnuntergrenze müsse entschlossen vorgegangen werden.

Nach aktuellen Berechnungen werden durch Umgehungen des gesetzlichen Mindestlohns den Beschäftigten und Sozialkassen Milliardenbeträge vorenthalten. Mehr als zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten nicht den gesetzlichen Mindestlohn, obwohl er ihnen zusteht. Für die Betroffenen bedeutete dies im Schnitt Lohnausfälle von 250

Euro pro Monat. Gesamtwirtschaftlich lag die ausgefallene Bruttolohnsumme im Jahr 2016 bei 6,5 Mrd. Euro. Auch den Krankenversicherungen und Rentenkassen entstanden Einnahmeausfälle in Höhe von 2,8 Mrd. Euro.

Medienkontakt

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Franz-Josef-Röder-Straße 17, 66119 Saarbrücken
Telefon: +49/681/501-1690
Fax: +49/681/501-1595
medien@wirtschaft.saarland.de



28. Juni 2018

Medien-Info

Wirtschaftsminister fordern Fachkräftestrategie für den Gesundheitsbereich

Die Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister der Länder gehen davon aus, dass in Deutschland die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft weiter zunimmt. Das sagte die Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz (WMK), die saarländische Ministerin Anke Rehlinger, zum Abschluss eines zweitägigen Treffens am Bostalsee im Saarland. Die Branche stehe jedoch massiven Herausforderungen gegenüber: „Der demografische Wandel bringt auch einen wachsenden Fachkräftebedarf mit sich.“

Für den Umgang mit dem Anpassungsdruck seien „noch nicht alle Antworten gefunden“. Die Wirtschaftsminister hätten das Ziel, die arbeits- und sozialpolitischen Potenziale des Geschäftsfeldes voll auszuschöpfen. Rehlinger: „Fachkräftemangel im Pflege- und Versorgungsbereich sowie die Engpässe in einzelnen Gesundheitsberufen sind die Achillesferse der Branche.“ Im Saarland fehlten laut Sozialverband VdK bereits heute bis zu 3.000 Pflegekräfte. Die Länderminister erwarten dazu von der Bundesregierung eine Initiative für eine gesamtstaatliche Strategie zur Deckung des Fachkräftebedarfs – unter Mitwirkung der Länder und Sozialpartner. Diese Strategie müsse zum Beispiel auch Antworten geben auf die Frage: „Wie lässt sich die Arbeitgeberattraktivität auf diesem Gebiet maßgeblich steigern?“ Zu den notwendigen Maßnahmen zählt die WMK-Vorsitzende die Unterstützung der stetigen Weiterbildung und Qualifizierung

der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle sowie die Modernisierung der Lehr- und Ausbildungspläne. Auch die Frage nach Lohn und Gehalt entscheide darüber, wie attraktiv ein Arbeitgeber oder eine ganze Branche erscheint. Zur Bedarfsdeckung müssten außerdem die Initiativen zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland vorangetrieben werden.

Zur Weiterbildung in Gesundheitsberufen gab es eine Beschlussvorlage des Saarlandes. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht die Chance, dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen entgegenzuwirken, wenn es gelingt, unter Mitwirkung der Länder, Unternehmen und Beschäftigtenvertreter eine gesamtstaatliche Strategie auf den Weg zu bringen. „In mehreren Berufszweigen des Gesundheitshandwerks gibt es bereits Mangelsituationen. Hörgeräteakustik ist ebenso betroffen wie Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik. Es fehlt an Spezialisten“, so Ministerin Rehlinger. Im Bereich der industriellen Gesundheitswirtschaft melde vor allem die medizinisch-technologische Radiologie Engpässe.

Zur systematischen Fachkräftesicherung gehören aus der Sicht der Wirtschaftsminister: Anpassung der Ausbildungspläne, Anwerbung bisher unterrepräsentierter Personengruppen für den Arbeitsmarkt, Gewinnung und Bindung von Auszubildenden und Fachkräften durch mehr Arbeitgeberattraktivität und lebensphasenorientierte Personalpolitik. Rehlinger: „Unser Ziel ist es, einen Rückgang an Wertschöpfung aufgrund fehlender Fachkräfte zu verhindern. Die Strategie muss auch hier die Anpassung der Ausbildungspläne betroffener Berufe enthalten. Genau so wie die Entwicklung und Umsetzung neuer Strategien zu Gesundheitsförderung und -management der Beschäftigten.“

Medienkontakt

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Franz-Josef-Röder-Straße 17, 66119 Saarbrücken
Telefon: +49/681/501-1690
Fax: +49/681/501-1595
medien@wirtschaft.saarland.de



28. Juni 2018

Medien-Info

Hoffmeister-Kraut: Bessere Innovationsförderung für Medizintechnik

Die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) hat sich bei ihrem Treffen im Saarland für eine bessere Innovationsförderung in der Medizintechnik ausgesprochen. „Die mittelständisch geprägte Branche beklagt durch den geltenden Rechtsrahmen einen erheblichen finanziellen und personellen Mehraufwand, auch Überwachungsbehörden sind betroffen“, sagte die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. Die Wirtschaftsminister wollten erreichen, dass insbesondere die Situation der KMU angemessen berücksichtigt wird. Aus ihrer Sicht ist es notwendig, dass sich die Bundesregierung in den Prozess der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens durch die EU-Kommission aktiv einbringt, unter anderem mit dem Ziel, Übergangsfristen zu verlängern. „Der Bund soll sich dafür einsetzen, dass auch weiterhin Innovationen durch deutsche KMU erfolgreich in den Markt eingeführt werden können“, sagte die Ministerin. Dazu gehörten Veränderungen bei der Neuzertifizierung bewährter Bestandsprodukte, die Anforderungen sollten deutlich reduziert werden.

Als geeignet erscheinen unter anderem: Unterstützung bei der Schaffung von Infrastruktur, personelle Ressourcen für klinische

Studien an Krankenhäusern sowie eine Erweiterung des Methodenspektrums bei den klinischen Studien.

Medienkontakt

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Franz-Josef-Röder-Straße 17, 66119 Saarbrücken

Telefon: +49/681/501-1690

Fax: +49/681/501-1595

medien@wirtschaft.saarland.de



28. Juni 2018

Medien-Info

Wirtschaftsminister sehen Auto-Zulieferer unter großem Anpassungsdruck

Das Saarland hat bei der Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) einen Ergänzungsvorschlag zur Situation der Automobil-Zulieferindustrie vorgelegt. Diese Branche macht den Großteil der Wertschöpfung der Automobilindustrie in Deutschland aus. „Viele Unternehmen sind heute noch stark auf den Verbrennungsmotor ausgerichtet. Der wird zwar noch lange gebraucht, aber alternative Antriebe und Kraftstoffe sind ein drängendes Thema“, erklärte WMK-Vorsitzende Anke Rehlinger.

Die Wirtschaftsminister machen nun ausdrücklich darauf aufmerksam, dass es auf diesem Gebiet einen enormen Innovations- und Anpassungsdruck gibt. Sie wollen unter anderem erreichen, dass über ein neues Design der Innovationsförderung für diese Zulieferer nachgedacht wird: „Marktstrukturen und Wertschöpfungsprozesse ändern sich mit großem Tempo, komplette Produktionsprozesse und Geschäftsstrategien werden in Frage gestellt. Deren Anpassung ist für die betroffenen Betriebe mit einem hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Damit darf man sie nicht allein lassen“, so Ministerin Rehlinger.

Hauptfelder aktueller Entwicklungen liegen in alternativen Antriebsformen (insbesondere Elektrifizierung), alternativen Kraftstoffen, dem autonomen und vernetzten Fahren sowie in

der Digitalisierung. Es gelte, einen Bruch in der Wirtschaftsstruktur mit Hilfe koordinierter Maßnahmen des Bundes, der Länder und der beteiligten Interessensgruppen abzuwenden oder zumindest abzumildern, hieß es bei der Konferenz im Saarland. Bei der Konzeption neuer Unterstützungsformate für die mittelständischen Zulieferer sollten zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit auch Maßnahmen zur Flankierung neuer regulatorischer Anforderungen gestärkt werden.

Rehlinger: „Die Wirtschaftsministerkonferenz strebt an, bei diesem Prozess eine länderübergreifend abgestimmte Fördersystematik entstehen zu lassen. Es geht vor allem darum, dass bestehende und neu entwickelte Förderprogramme sich optimal ergänzen können.“

Medienkontakt

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Franz-Josef-Röder-Straße 17, 66119 Saarbrücken
Telefon: +49/681/501-1690
Fax: +49/681/501-1595
medien@wirtschaft.saarland.de